

Deutschland.

□ **Berlin, 10. Februar.** Ihre Königl. Hoh. die Kronprinzessin ist heute Morgen 3 Uhr von einem Prinzen entbunden worden. Der König und die Prinzen haben heute Morgen ihre Gratulations-Besuche gemacht und die Königin der hohen Wöchnerin einen Besuch abgestattet. — Der Ministerpräsident Graf Bismarck hat Berlin noch nicht verlassen, da sein Gesundheitszustand so angegriffen ist, daß er seine Urlaubreise noch nicht antreten können. Dies giebt einigen Blättern zu neuen aber falschen Kombinationen Veranlassung. Graf Bismarck soll nämlich hiernach als Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen, nicht aber als Minister für Posen und als Bundeskanzler Urlaub genommen haben. Die Aufstellung, das Graf Bismarck als Bundeskanzler anwesend und als Minister des Auswärtigen abwesend von Berlin ist, geht aber schon mehr in den Kladderadatsch als in eine politische Zeitung. — Nach dem Gange, den die Verhandlungen und Abstimmungen über den hannoverschen Provinzialfonds im Abgeordnetenhaus genommen haben, ist natürlich nunmehr die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Haltung des Herrenhauses in dieser Angelegenheit gerichtet. Allen Anzeichen nach ist von demselben ein verwerfendes Votum nicht zu erwarten. Vor Allen hatten neben einiger Agitationen besonders auch Mißverständnisse auf die Haltung der konservativen Partei des Abgeordnetenhaus einfluß geübt, die beim Herrenhaus in Wegfall kommen. Die Stellung des Ministeriums, das in dieser Frage einig ist und and einig bleiben wird, liegt jetzt klar vor und kann nicht mehr verkannt werden. Eine weitere Fortsetzung der Opposition von Seiten der konservativen Partei könnte aber die weitreichendsten Folgen haben. Von diesem Gesichtspunkt wünschen die entschiedenen liberalen Blätter auch nichts sehnlicher, als daß das Herrenhaus dem Gesetzentwurf seine Zustimmung nicht geben möge. Dies wird für die konservative Partei jedenfalls auch ein Wink sein! — Bei den Erörterungen der Vorlage über die Abfindung der Depositionen ist in der Presse auch die Bemerkung gemacht worden, daß man sich nicht recht erklären könne, woraus der Ministerpräsident Graf Bismarck aus dieser Frage eine Kabinettsfrage gemacht habe. Es wird bei dieser Bemerkung übersehen, daß es sich hier um einen Vertrag gehandelt hat, der mit Genehmigung des Königs abgeschlossen ist, und daß eine Regierung, die aus der Verwerfung der Verträge keine Kabinettsfrage macht, in den Augen des Auslandes nur an Vertrauen verlieren kann. Die Verwerfung eines Vertrags ist demnach etwas Anderes, als die Verwerfung einer gewöhnlichen Gesetzesvorlage, es kommen bei jener die internationalen Beziehungen in Betracht. Dazu kam noch in dem vorliegenden Falle, daß der Vertrag mit dem König Georg durch das Interesse noch eine größere politische Bedeutung erhielt, welches das Ausland, namentlich England an demselben nahm. — Die französische Regierung hat an den preussischen Gesandten, Grafen Solms, in Betreff der hannoverschen Flüchtlinge, alsbald nach deren Eintreffen auf französischem Gebiete aus eigenem Antriebe die beruhigendsten Erklärungen gegeben. — Das „N. Wiener Fremdenblatt“ schreibt, daß die preussische Regierung die ihr aus der Verfassung des norddeutschen Bundes erwachsene Oberhoheit benutzt habe, um einen Extrazug zu verhindern, der bestimmt gewesen sei, die Verehrer des Königs Georg zur Feier der silbernen Hochzeit derselben nach Hiesing zu bringen. Es ist hierbei zu bemerken, daß die Verhinderung von Extrazügen, bei denen es sich wie hier um Demonstrationen, die Aufregung hervorgerufen geeignet sind, handelt, nicht Sache des Bundeskanzlers oder der Bundesbehörden, sondern einfach Sache der Polizei ist. — Die Schlussberatung des Staatshaushalts-Etats ist bis Donnerstag vertagt. Dieselbe scheint nicht das beschleunigte Tempo annehmen zu sollen, das zu wünschen ist, sondern man wird sich allen Anzeichen nach wieder auf lange und langweilige Debatten gefaßt machen müssen.

Berlin, 10. Februar. Se. Maj. der König, J. Majestät die Königin Wittve, J. R. H. der Kronprinz, die Prinzen Alexander und Georg etc. wohnten am Sonntag dem Vormittagsgottesdienste im Dome bei; die übrigen hohen Herrschaften hörten die Predigt in der Marien- und Matthäi-Kirche. Mittags begab sich des Königs Majestät in das Zeughaus und erteilte hierauf Audienzen einer Deputation der Aeltesten der evangelischen Gemeinde zu Rotterdam und dem Regierungspräsidenten zu Kassel, Freiherrn v. Hardenberg. Nach einer Ausfahrt fand die Familienafel bei Sr. Königl. Hohheit dem Prinzen Friedrich Carl im hiesigen Schlosse statt und erschienen an derselben auch Se. Königl. Hoh. der Prinz August von Württemberg, J. Hoh. der Prinz Heinrich von Hessen, der Herzog Elmar von Oldenburg etc. Heute Vormittag empfing Se. Majestät der König Militärs und andere Personen von Distinktion und nahm die gewöhnlichen Vorträge entgegen.

— J. R. Hoh. die Kronprinzessin ist heute früh von einem Prinzen entbunden worden. Der englische Botschafter Lord Loftus und der Minister des R. Hauses Frhr. v. Schleinitz waren gegenwärtig, um das übliche Protokoll aufzunehmen.

— Seitens der Fraktion der Konservativen des Abgeordnetenhaus ist an Se. R. Hoh. den Kronprinzen in Folge des heutigen erfreulichen Ereignisses folgende Adresse gerichtet worden: „Durchlauchtigster Kronprinz, gnädigster Kronprinz und Herr! Zu dem erfreulichen und nicht allein Ew. Königlich hohen und das königliche Haus, sondern das ganze Vaterland höchst beglückenden Ereignisse der Geburt eines Prinzen bringen die unterthänigst unterzeichneten ihre ehrerbietigsten Glückwünsche dar. In tiefster Ehrfurcht Eurer Königl. Hohheit treu gehorsame Mitglieder der konservativen Fraktion des Abgeordnetenhaus.“

— Die Zeitungen bringen fortgesetzt irdümmliche Nachrichten über die Beratungen der Kommission zur Ausarbeitung eines Civil-

prozessordnungs-Entwurfs. Es ist ebenso thatsächlich unrichtig, daß der Justizminister sich in letzter Zeit an den Sitzungen der Kommission nicht betheiligt habe, als daß Beschlüsse über die Bedeutung des Beweis-Interlocuts gefaßt seien. Hiermit zerfallen alle daran geknüpften Behauptungen über die in der Kommission stattgehabten Debatten. Die Grundlosigkeit von dergleichen Nachrichten ergiebt sich schon daraus, daß die Veröffentlichung der Beratungen vor deren Abschluß nach der Geschäftsordnung der Kommission nicht gestattet ist. Weitere Verichtigungen in dieser Richtung werden deshalb an dieser Stelle nicht stattfinden. (Staats-Anz.)

— Aus dem Umfange, daß man von Berlin aus den Bau des Schlosses Gottorp in Schleswig eingefordert hat, schmelzen sich die Schleswiger mit der Hoffnung, daß ihre Stadt der Sitz der gemeinschaftlichen Regierung der Elbherzogthümer werden wird.

— Die Konzession, auf Grund welcher das Spiel in den nassauischen Ländern noch einige Jahre fort dauert, ist eigentlich für Wiesbaden, Ems, Langenschwalbach und Schlagenbad erteilt. In letzteren beiden Bädern ließen die Spielaktionäre die Bank bald eingehen, da sie einen zu geringen Gewinn abwarf. Nach dem jetzt mit der Regierung abgeschlossenen Vertrage zahlen die Aktionäre bekanntlich eine Million Thaler, welche den Städten Wiesbaden und Ems zu Gute kommen sollen. Augenblicklich befindet sich eine Deputation hier, um vom Minister des Innern zu erwirken, daß von dieser Summe auch Langenschwalbach und Schlagenbad Antheil erhalten.

— Wir berichteten kürzlich über eine Petition zweier pommerischer Pfarrer an das Abgeordnetenhaus wegen Errichtung überseeischer Kolonien. Nach einer Berliner Korrespondenz der „Köln. Ztg.“ dürfte diese Petition bei der Staatsregierung auf Widerstand stoßen, schon weil der Schutz der jungen Niederlassungen zu viel Kräfte an Menschen und Geld in Anspruch nähme. Die Verweisung der Petenten auf den Vorgesang des großen Kurfürsten, welcher 1680, nach dem Siege bei Fehrbellin, eine brandenburgische Ansiedlung in Afrika gründete, ist gerade nicht gut gewählt, da dieses Unternehmen dem Staate zunächst Demütigungen durch Holland, dann viele Geldkosten verursachte und endlich 1720, nach 40jährigen Versuchen, von Friedrich Wilhelm I. an Holländern für 7200 Dukaten verkauft wurde.

— Um so bald wie möglich das dringende Bedürfnis vieler Behörden des Landes nach einem thunlichst vollständigen Ortschaftsverzeichnisse des preussischen Staates zu befriedigen, sollen von jedem Wohnplatze diejenigen Unterlagen gesammelt werden, zu denen das statistische Bureau die erforderliche Anleitung gegeben hat. Die Angelegenheit soll so beschleunigt werden, daß das vollständige Ortschaftsverzeichniß in alphabetischer Ordnung noch im Laufe des Jahres 1868 erscheinen kann.

— Der Präsident der Regierung zu Gumbinnen, Herr von Murauch, hatte bei dem Ministerium seine Versetzung beantragt. Diesem Antrage wurde nicht nur nicht zugestimmt, sondern sogar darauf gedrungen, daß Herr v. Murauch seine bisherige Wirksamkeit fortsetze.

— Man schreibt der „N. Pr. Z.“: Mehrere Mitglieder der konservativen Fraktion des Abgeordnetenhaus haben bei der Abstimmung über den Domainen-Abfindungsfonds der Provinz Hannover sowohl gegen das v. Kardorffsche Amendement als gegen den Antrag v. Dieß gestimmt. Da diese Abstimmung leicht einer Mißdeutung unterliegen kann, so bemerken wir, daß die gedachten Herren aus prinzipiellen Gründen geglaubt haben, den v. Dießschen Antrag als einen erwünschten Vermittelungsvorschlag nicht ansehen zu dürfen, daß sie aber ihrer Ueberzeugung nach noch weniger in der Lage waren, dem v. Kardorffschen Amendement beizustimmen. Aus dieser Anschauung waren die Verbesserungs-Anträge v. Brauchitsch und Graf W. Sharp hervorgegangen und es ergab sich nach deren Verwerfung für die erwähnten Abgeordneten die Konsequenz, sowohl gegen das v. Kardorffsche Amendement, als gegen den Antrag v. Dieß, als endlich bei der Schlussabstimmung gegen den Gesetzentwurf der Kommission mit dem Amendement v. Kardorff ihr Votum abgeben zu müssen.

— Die Verhandlungen mit der Homburger Spielbank haben zu keinem Resultate geführt; der Regierungskommissar Wohlers hat den Badort am 7. Februar verlassen, Herr Blanc hat den Vorschlägen der Regierung folgende Gegenpropositionen entgegengesetzt: „Fortdauer des Spiels bis 31. Dezember 1875. Dafür zahlt die Gesellschaft außer ihren bisherigen Leistungen, 800,000 Thlr. an die Stadt und überläßt an dieselbe ihr ganzes Vermögen, Immobilien (worunter auch die Gasfabrik), Mobilien und den Betrag des Anlehens von 800,000 Gulden, welchen die Homburger Eisenbahngesellschaft im Jahre 1901 zurückzahlen muß.“ Natürlich wird die Regierung ihre Drohung zur Wahrheit machen und die Schließung der Homburger Spielhölle auf gesetzmäßigem Wege veranlassen.

— Das hervorragendste Mitglied der konservativen Partei in Preußen, der Oberste Regierungsrath Wagener, dessen Zurückhaltung in den parlamentarischen Kämpfen in neuerer Zeit nicht unbeachtet geblieben sein wird, war schon seit längerer Zeit mit vielen Parteigenossen über die Stellung, welche die Konservativen einzunehmen haben, um unserem Staate die Erfüllung seiner Aufgaben in Deutschland zu ermöglichen, abweichender Meinung. Wie wir hören, hat derselbe jetzt, ohne Zweifel unter wesentlicher Einwirkung des Verhaltens eines großen Theils der Konservativen gegenüber der Regierungsvorlage über den Provinzialfonds, schriftlich seinen Austritt aus der konservativen Fraktion des Abgeordnetenhaus erklärt.

— Wie wir ferner hören, ist Herr Wagener zum Nachfolger des durch körperliches Leiden an der Wahrnehmung seiner Geschäfte

verhinderten Wirklichen Geh. Ober-Regierungsraths Kostenoble in der Stellung eines vortragenden Rathes des Staats-Ministeriums beim König auserselben.

— Im Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin ist kürzlich eine Petition an den Großherzog in Umlauf gesetzt worden, welche eine eingehende Erörterung der Unmöglichkeit des Fortbestehens der landständischen Verfassung vornimmt und um Einführung der konstitutionellen Staatsform bittet.

— Für die Linien-Kavallerie- und Feld-Artillerie-Regimenter soll, in gleicher Weise wie bei der Garde, die Ernennung von Stadtkapitänen bevorzugen.

— Im Ministerium des Innern ist man zur Zeit mit Aufstellung der neuen Etats thätig, welche sowohl eine bedingte Vermehrung der Stellen in dem genannten Ressort, als auch für die demselben unterstellten Verwaltungsbehörden des Landes eine Verringerung der Gehälter aller Subalternbeamten bezwecken.

— Einer Mittheilung der „Nat.-Ztg.“ zufolge würde sich Graf Bismarck in einigen Tagen nach Tübingen begeben, um sich mit eigenen Augen von dem dortigen Nothstande zu überzeugen und die Mittel zu erwägen, wie demselben zu begegnen ist. (1)

— In einer Zuschrift vom 5. Februar zeigt der Unterstaatssekretär im Kultusministerium Lehnert dem Oberpräsidenten Eichmann an, daß ihm jeder Zeit Aergte zur Disposition ständen, falls sich in dem vom Typhus beimgelagerten Gegenden ein Mangel an solchen fühlbar machen sollte. Diese Aergte werden mit 10 Sgr. für die Meile Eisenbahn und mit 20 Sgr. für die Meile Landweg zu berechnende Reisefloßen, 4 Thlr. Diäten aus Centralfonds resp. vorschussweise aus Provinzialfonds, erhalten. Die Reisefloßen-sätze gelten auch für die Aergte, welche die Aergte innerhalb des ihnen angewiesenen Distrikts unternehmen.

— Wie der „B. B. Z.“ berichtet wird, haben sich die Gründungs-Comités für die Märkische Nordbahn und die Berlin-Neubrandenburger Bahn völlig fusionirt und ihr Programm verschmolzen. Die Bauunternehmung ist bedeutend reduziert worden und der Name „Berliner Nordbahn“ gegeben worden, für welche man sich bei 21¼ Meilen Länge, auf ein Baukapital von 7½ Millionen Thlr. geeinigt hat. Davon sollen circa ¼ Millionen durch den Prämienzuschuß des Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz und die Bewilligung von freiem Lande auf 6-7 Meilen Länge und durch eine von der preussischen Regierung ziemlich sicher zu erwartende Prämie aufgebracht, die übrigen 6¼ Millionen dagegen zu drei Fünfteln in Stamm- und zu zwei Fünfteln in Stamm-Prioritäts-Aktien beschafft werden. Die Ausführung des Baues soll im Sinne des bisherigen Programms der Märkischen Nordbahn als Konsortien-Entreprise bewirkt werden.

Berlin, 10. Februar. (Haus der Abgeordneten.) 46. Sitzung. Präsident: v. Fockend. Am Ministerisch: Finanzminister Freiherr von der Heydt und mehrere Regierungs-Kommissare. Die Tribünen sind mäßig, die Pläze im Hause ziemlich zahlreich belegt. — Der Präsident eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 35 Minuten und erteilt nach der Meldung des Eintreffens des Abg. Tölsch dem Justizminister Dr. Leonhardt das Wort. Derselbe beantragt die Ermächtigung des Hauses zur Erhebung einer Anlage gegen den Redakteur der „Zukunft“ wegen eines Artikels in der Nummer der „Zukunft“ vom 25. v. M. unter dem Titel „Geldbewilligungen“, welcher Beleidigungen des Abgeordnetenhaus enthalte. Der Antrag wird der Justizkommission überwiesen und das Haus tritt in den ersten Gegenstand der Tages-Ordnung ein: Vorberatung des Staatshaushalts-Etats pro 1868 im ganzen Hause. Zu Tit. 2 Pos. 11 beantragt der Regierungskom. Geh. Ober-Finanzrath Mölle die Position von 339,263 Th. 3 Gr. 9 S. unverändert zu lassen, weil der Beschluß des Herrenhauses über den Provinzialfonds noch nicht extrahirt sei, womit das Haus einverstanden ist. Bei Pos. 12 desselben Titels: 185,861 Th. 8 Gr. 7 S. wird die durch Beschluß des Hauses bei der Vorberatung festgesetzte Reduktion dieser Position in Höhe von 96,820 Th. angenommen. Eben so werden ohne Diskussion die übrigen unter Vorbehalt angenommenen Positionen des Etats genehmigt. Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist die Vorberatung über den Entwurf des Staatsgesetzes nebst dem Nachtrage zu diesem Gesetze. Zu den Paragraphen, welche die Genehmigung der bis zur Feststellung innerhalb der Grenzen gesetzten Ausgaben ausprechen, liegt folgender Antrag des Abg. v. Dechend und Genossen vor: „An Stelle des §. 2 der Regierungs-Vorlage folgenden §. zu setzen: Die Mittel zur Einlösung der im Laufe des Jahres 1868 ausgegebenen Schatzanweisungen im Betrage von 10 Millionen Thaler sind durch Vergebung einer verzinlichen Staatsanleihe zu beschaffen, deren Betrag vom Jahre 1869 ab jährlich mit mindestens einem Prozent zu tilgen ist.“

Abg. v. Dechend: Als er sein Amendement vor länger als zwei Monaten einbrachte, glaubte er besorgen zu müssen, daß die Staatsregierung bei der beabsichtigten neuen Anleihe ebenfalls zur Herausgabe von Schatzscheinen greifen würde. Wenn diese Befürchtung auch nicht mehr vorliegt, so mußte er sein Amendement dennoch aufrecht erhalten, damit Niemand behaupten könne, daß zur Zeit nicht auf die entstehenden Gefahren, welche durch die Herausgabe derartiger Schatzscheine hervorgerufen werden können, aufmerksam gemacht worden sei. Bisher habe sich der Staat bei aufzunehmenden neuen Anleihen jederzeit zu einer entsprechenden Zinszahlung und Amortisation verpflichtet. Von diesem Grundsatz ist man auch bei Herausgabe von Schatzscheinen im Bewußtsein nicht abgegangen. Die Staatsregierung habe erklärt, sie wolle keine schwebende Schuld haben; sie wolle diese Scheine nur auf die Dauer von höchstens zwölf Monaten ausgeben, die Maßregel soll keine permanente sein. Jetzt scheint jedoch die Absicht vorzuliegen, das System der schwebenden Schuld aufzunehmen. Wenn die Regierung jetzt neue Schatzscheine ausgeben will, so thue sie dieses mit dem Bewußtsein, daß sie dieselben mit anderen Schatzscheinen einlösen wolle. Es scheint ihm unbegreiflich, warum unsere Finanzverwaltung, die jeden Kredit ohne gleichen hat und jede Summe unlandbar auf lange Zeit unter Bedingungen auf feste Anleihe bekommen könne, um die uns andere Nationen beneiden, sich dieses Hülfsmittels nicht bedienen. Ihm sei es nicht zweifelhaft, daß unter den gegenwärtigen günstigen Geldumständen noch viele Millionen Schatzscheine ausgegeben werden können. Zeiten wie 1866 können aber wiederkehren und noch viel schlimmere. Eine vorsichtige Staats-Verwaltung müsse auf solche Zeit Rücksicht nehmen. Wenn man eingewendet, es könne auf 10 Millionen Schatzscheine nicht ankommen, so müsse er bemerken, gerade, weil es nur 10 Millionen seien, empfehle es sich, mit der schwebenden Schuld nicht länger zu zögern. Er müsse daher seinen Antrag aufrecht erhalten. — Finanzminister Frhr. v. d. Seydt: Man kann dem Herrn Vorredner beistimmen, wenn er über das Bedenkliche einer schwebenden Schuld spricht. Der Ruf der preussischen Finanzverwaltung hat aber zu keiner Zeit höher gestanden als jetzt, und wird auch durch den vorliegenden Gegenstand nicht

leiden. Zur Ergänzung der Motive habe ich noch folgendes hinzuzufügen. Es wird Jedem einleuchtend sein, daß beim Kreditgesetz der Vorschlag der Kassen- und Schuldanweisungen sich darauf stützte, daß damals Effekten schwer zu realisiren waren. Als der Etat aufgestellt wurde, glaubte ich, daß ein Theil der Schuldanweisungen aus den Ueberschüssen des nächsten Jahres würde gedeckt werden, und der andere Theil aus den Ueberschüssen des nachfolgenden Jahres. Diese Erwartungen haben sich leider nicht bestätigt. Ein bedeutender Betrag für Obligationen ist beschlössen; jetzt ist eine neue Anleihe von 40 Millionen genehmigt, so daß noch Obligationen zu realisiren bleiben. Ohne sich finanziell sehr zu verschlechtern, kann man also dennoch einen Betrag von 10 Millionen ausgeben. Ich nehme daher keinen Anstand, dem Hause die Genehmigung des Vorschlages zu empfehlen.

Abg. Twesten: Wenn das Budget ordentlich verfaßt worden und dazu 3 Monate erforderlich sind, muß die Regierung den Reichstag spätestens Oktober einberufen. Der Herr Minister erklärt jedoch im händelverfügen Provinzialfonds keine Aenderung eintreten zu lassen. Er könne den Grund des Regierungskommissars, daß es dabei bewenden müsse, weil das Herrenhaus noch darüber zu befinden, nicht anerkennen und ist der Ansicht, daß künftig die Zinsen für diese hannoversche Staatsanleihe aus unserem Etat verschwinden müsse. Redner geht hierauf ausführlich auf die Veränderungen in diesem Etat ein. Die Staatsanleihe habe Ende 1866 258,779,000 \mathcal{M} betragen und sei bis jetzt auf 365,143,000 \mathcal{M} gestiegen, welche mit Einrechnung von 100 Millionen für die neuen Landesanteile und die unterjüngliche Staatsanleihe von 20 Millionen eine Gesamtsumme von 486 Millionen erreichte. Hiernächst geht Redner auf die Aktivseite des preussischen Staates ein und bemerkt, daß die bei den letztjährigen Vorberathungen vom Herrn Ministerpräsidenten gemachten Bemerkungen in Betreff des hannoverschen Aktivvermögens irrthümliche gewesen. Jetzt wirthschaften wir zweifellos mit einem Defizit, wozu noch die 10 Millionen Schatzscheine kommen und hält Redner eine derartige schwebende Schuld für keinen Nachtheil, glaubt vielmehr, daß der Staat durch dieselbe zur Vorsicht gemahnt würde. Wenn das Publikum an derartige Schatzscheine gewöhnt sei, dann liege auch während eines Krieges bei dergleichen Veräußerung keine Gefahr vor, sondern ein Vortheil. Dieses Verfahren sei auch in England üblich. Es lasse sich zwar die Gefahr einer schwebenden Schuld nicht verkennen, aber sie sei keine größere als die, welche durch Veräußerung von Banknoten entstehe. Außerdem habe der Staat noch bedeutende Betriebsbestände in Händen. Wenn es sich rechtfertigen lasse, wenn der Staat im vergangenen Jahre vielleicht Schatzscheine im Betrage von 30 Millionen \mathcal{M} ausgegeben hätte, so lasse sich dies gegenwärtig mit einem geringen Betrage ebensowohl. Außerdem lasse sich die Veräußerung von Schatzscheinen auch vom finanziellen Standpunkte aus rechtfertigen, indem einer Anleihe gegenüber noch eine Ersparnis von ca. 700,000 \mathcal{M} gemacht werde. Man könne daher ohne Bedenken dem Gesetze seine Zustimmung geben.

Abg. Dr. Birchow will die Aufmerksamkeit des Hauses auf zwei Punkte lenken. Man habe seit einem halben Jahre die Hülfquellen des preussischen Staates als unerschöpfliche dargestellt. Er wolle nun die Staatsregierung darauf aufmerksam machen, daß der jetzt eingeschlagene Weg die Zerrüttung der Finanzverhältnisse herbeiführen müsse. Praktisch würde bei derartigen Verhandlungen die Anwesenheit des Gesamt-Ministeriums sein, denn nur dadurch würde dasselbe ein richtiges Bild unserer Finanz-Verhältnisse erhalten; er hätte dann auch erfahren, daß der Ministerpräsident dem Hause den Vorwurf machte, wir seien geneigt, für die Provinz Preußen 40 Millionen zu bewilligen, und der Provinz Hannover den Provinzialfonds abzuschneiden. Die Einnahme vom Jahre 1867 ist gegen das Jahr 1866 im Budget um 11 Millionen gestiegen. Es könne eine solche Einnahme doch unmöglich aus der vermehrten Steuerkraft des Landes herabühren. Wenn auch bei dem Jahre 1868 die Verhältnisse mit Rücksicht auf den norddeutschen Bund schwerer zu unterscheiden seien, so ließe sich doch immer ergeben, daß die Einnahmen des preussischen Staates die gleiche Höhe erreicht haben, wie die des Jahres 1867, und daß der Mehrbetrag gegenüber den Einnahmen des Jahres 1867 sich auf ca. 15 Millionen \mathcal{M} belaufe. Seit dem Jahre 1860 sei eine vollständige Verdoppelung der Einnahmen eingetreten. Wenn die Regierung daraus schließe, daß dieses Verhältnis ein fortwährendes sein werde, so werde sie dadurch in die größten Finanz-Kalamitäten hineingerathen, neben der Selbstverwaltung gebe der Etat viel Veranlassung nachzudenken. (Zustimmender Dr. Leonhardt tritt ein.) Eine vernünftige Selbstverwaltung werde nicht auf dem Wege erzielt, den der Herr Ministerpräsident einschlagen erklärt habe. Dadurch werde nur eine Kassen-Verwaltung erzielt. Wahre Selbstverwaltung beruhe zu allererst auf Gemeinde-Freiheit; dann sei vorerst nöthig die Abschaffung der Gensdarmrie. Wenn man Selbstverwaltung wolle, müsse man Gemeindefreiheit geben, denn zu einer Provinzialvertretung mit Gensdarmrie könne er sich nicht verstehen. Es sei eine gerechtere Vertheilung der Ausgaben nöthig und es sei daher Pflicht der Landesvertretung, die Regierung fortwährend daran zu erinnern, daß wir nicht heidenmäßig viel Geld haben und sie sparsam in den Ausgaben sein müsse. — **Regier.-Kommissar Geh. Rath Mölle:** Bei den Zahlenangaben sind dem Vorredner so bedeutende Irrthümer untergelaufen, daß ich sie richtigstellen muß. Er meint, die Steigerung von 1866 auf 1867 betrage 11 Millionen \mathcal{M} , das ist unrichtig, sie beläuft sich nur auf 6 1/2 Millionen, denn er hat das Ert aordinarium von 4 1/2 Millionen zu Marinewerden mit hineingerechnet, eben so irrthümlich sind die Angaben über die Steigerung des Etats von 1867 auf 1868. Die Veranschlagung der Einnahmen in dem vorliegenden Etat ist nach denselben Grundsätzen erfolgt, wie in früheren Jahren und die sich auch bewährt haben. Der Vorwurf des Vorredners kann deshalb die Regierung nicht treffen. Wenn derselbe den Vorwurf erhebt, daß die Staatsschulden sich vermehrt, so erwiedere ich, daß die Anleihen mit Zustimmung dieses Hauses eintritt und sie namentlich zu produktiven Zwecken verwendet sind. (Schluß folgt.)

Danzig, 9. Februar. Der Dampfschiff „Preussischer Adler“ ist bedeuend gründlicher Untersuchung seines Bodens gestrichen in die Klammer'sche Dock gelegt worden; es war dies mit großen Schwierigkeiten verbunden, da die Eisschollen, von dem Aufsteigen bei dem Herausheben der „Arcona“ herüber, vom Sturm zwischen Schiff und Dock getrieben wurden und nur durch die korrekten Anordnungen der leitenden Ingenieure beseitigt werden konnten.

Kiel, 10. Februar. Es liegt in der Absicht, die zwischen Kiel und Kopenhagen bestehende direkte Dampfschiffverbindung am nächsten Mittwoch wieder zu eröffnen, falls nicht neues Frostwetter eintritt.

Dresden, 10. Februar. Das heutige „Dresdener Journal“ publizirt das Gesetz über die neue vierprozentige Anleihe von acht Millionen Thalern und bestätigt, daß sechs Millionen der vorjährigen fünfprozentigen Anleihe unbegeben geblieben sind, sowie, daß die sechsprozentigen Handdarlehne damit eingelöst und „sonstige notwendige Ausgaben“ davon bestritten werden sollen.

Dresden, 10. Februar. Die Agitation gegen die Gesetz-Vorlage über Wechselstempelung ist im Wachsen. Insbesondere protestiren die Handelskammern dagegen, weil man sie über die Zweckmäßigkeit der Maßnahme nicht vorher befragt hat. Von Seiten des Ministeriums wurde heute der Kammer die Aufhebung der landwirthschaftlichen Abtheilung der Akademie zu Tharandt zugesichert.

München, 8. Februar. Die übertriebenen Angaben und Gerüchte über das Unwohlsein, welches den König Ludwig I. zu Nizza befallen habe, haben heute ihre beste Verichtigung und schlaendliche Widerlegung gefunden durch eigenhändige Briefe Sr. Majestät vom 5. d., welche heute hier eingetroffen sind. Er Majestät war keineswegs genöthigt gewesen das Bett zu hüten, hatte sich sehr des besten Appetits und Schlafs erfreut, und benutzte das herrliche Wetter zu Spaziergängen im Freien. Man hatte dort 18 Grad Wärme. (M. A. Z.)

Ausland.

Wien, 6. Februar. Aus bestimmter Quelle vernehme ich,

daß die K. Regierung eine Anleihe von 50 Millionen beabsichtigt, aller Wahrscheinlichkeit nach für die gemeinsamen Reichszwecke.

Paris, 6. Februar. Die in Paris erscheinende „Korresp. du Nord-Est“, das neu gegründete Organ der polnischen Nationalpartei, veröffentlichte vor einigen Tagen einen Brief des Generals Klapka, worin derselbe die politische Lage Europas und die von den Ungarn zu befolgende Politik bespricht. Klapka hält eine französisch-österreichische Allianz den ungarischen Interessen für verderblich, muntert dagegen die slawischen Völker und besonders die Serben in ihren Unabhängigkeitsbestrebungen auf und rehet einem Bündniß zwischen Letzteren und den Ungarn eifrig das Wort.

Bern, 10. Februar. Der in Wien am 4. Februar d. J. ratifizierte Vertrag über die Schiffahrts- und Hafenordnung für den Bodensee tritt am 1. Mai in Kraft.

Paris, 10. Februar. Der „Constitutionnel“ hält trotz der gegenwärtigen Depesche aus Bukarest die Nachricht aufrecht, daß sich bewaffnete Banden in Rumänien gebildet haben. — „La France“ meldet, daß der Geschäftsträger des Fürsten Karl von Rumänien, Crepusco, heute eine Konferenz mit Roussier gehabt habe.

Florenz, 10. Februar. Die Deputirtenkammer setzt die Berathung des Marine-Etats fort. Bei Beginn der Sitzung machte der Präsident Mittheilung von der Antwort, welche der König der Beglückwünschungsdeputation erteilt hatte. Der König hatte das Vertrauen ausgesprochen, daß seine und seiner Kinder Vaterlandsliebe und die traditionelle Hingebung seiner Dynastie für das Wohl Italiens sich auf alle Nachkommen seiner Familie vererben werden.

Florenz, 10. Februar. Die „Italienische Korrespondenz“ dementirt die neuerdings von Lissabon telegraphisch verbreitete Nachricht von einem blutigen Zusammenstoß zwischen Truppen und Volk, welcher in Braga stattgefunden haben soll, als der König und die Königin auf ihrer Rückkehr nach Villa Vicosa die Stadt passirten; die Korrespondenz fügt hinzu, daß das Königspaar unausgesetzt der Gegenstand lebhafter Ovationen der Bevölkerung gewesen sei.

Rom, 4. Februar. Der Jesuit Curci hat hier in einer Kirche eine sehr heftige Predigt gegen den Kaiser Napoleon III. gehalten, die einen unerhörten Skandal gemacht hat. In der heftigen französischen Volkschaft war man darüber um so aufgebracht, weil diese Predigt in der amtlichen Zeitung vorher in italienischer und in französischer Sprache angezigt worden war.

London, 8. Februar. General Napier hält die Gefahr, in Abyssinien einzuziehen, für so groß, daß er versuchen will, den ganzen Feldzugsplan zu ändern, und der Besatzung halber anstatt 5000 Mann nur die Hälfte zu aktiven Operationen zu verwenden. Es bleibt abzuwarten, ob diese Zahl nicht doch zu gering ist, um den Erfolg sicher zu stellen. Man trifft im Lance mehr Schicksal als man erwartet hatte.

Rio de Janeiro, 7. Januar. Die Freude über die Geburt eines Prinzen, Sohn der Kaiserlichen Prinzessin Leopoldine, Herzogin von Sachsen, ist noch immer sehr groß, da die Nation nun die Dynastie und mit ihr die Ruhe des Reiches gesichert sieht. Die Einnahmen des Zollamtes von Rio de Janeiro haben im Monat Dezember gegen 12 Millionen Francs betragen. Namentlich ist die Ausfuhr von Kaffee nach Europa gerade jetzt enorm und steigt mit jedem Monat.

Pommern.

Stettin, 11. Februar. In Folge des theilweise eisceiten Fahrwassers ist es den beiden kleineren nur flachgehenden Dampfern „Vig“ und „Victor“ gelungen, die Fahrt von Swinemünde nach hier zu machen. An mehreren Stellen des Meeres und namentlich bei den Lebbiner Bergen sollen tief liegende Eismassen die Fahrt von Schiffen größeren Tiefganges hemmen und es ist dem mit Kohlen beladenen, ebenfalls von Swinemünde nach hier abgegangenen Dampfer „Grand Duc Alexis“ auch nicht gelungen, durchzukommen. Die beim Kicks angetroffenen großen Eismassen nöthigten ihn, nach Swinemünde zu retourneren.

— **Betriebs-Einnahmen:** I. der Stammbahn Berlin-Stettin-Stargard: im Monat Januar 1868 115,738 Thlr., im Monat Januar 1867 123,460 Thlr., mithin im Monat Januar 1868 weniger 7722 Thlr.; II. der Zweigbahn Stargard-Cöslin-Colberg: im Monat Januar 1868 24,624 Thlr., im Monat Januar 1867 28,318 Thlr., mithin im Monat Januar 1868 weniger 3694 Thaler; III. der Vorpommerschen Zweigbahnen: im Monat Januar 1868 34,272 Thlr., im Monat Januar 1867 38,182 Thlr., mithin im Monat Januar 1868 weniger 3910 Thlr.

— Nach dem beim Ober-Kommando der Marine eingegangenen Nachrichten ist S. M. Brigg „Musquito“ am 8. d. in der Bay von Vigo angekommen, nachdem dieselbe, wie mitgetheilt, am 5. Lissabon verlassen.

— Wegen der Direktion des hiesigen Stadttheaters waren Anlagen erhoben wegen Sonntag-Entbehrung, weil während der Stunden des Gottesdienstes im Theater-Gebäude einerseits Proben abgehalten und andererseits Billette verkauft worden waren. Heute stand für beide Fälle Termin an; die Vertheilung hatte für die erste Sache Herr Justizrath Cramer, für die zweite Herr Vogat übernommen, und erfolgte in beiden Sachen die Freisprechung.

— Am 7. d. Mts. wurden dem Kaufmann S. aus einer Remise in der Wallstraße mittelst Einbruches durch Zerschlagen des an der Thüre befindlichen Vorlegeschlosses zwei Tonnen Heringe im Werthe von 20 Thlr., und dem Kaufmann R. aus seinem vor dem Königsdore links am Wege nach Grünhof belegenen Garten ein eisernes Pumpenrohr von 12' Länge, ein messingener Pumpenkahn und ein Euhenschloß gestohlen. — Der hier im Gesellschaftshause logirende Köpfergeselle Herr Faust anneltete gestern aus einer Röhre in Züllchow eine dort frei auf dem Tische liegende Spedseite, konnte sich des Besitzes derselben aber nicht lange erfreuen, indem der Diebstahl unmittelbar nachher bemerkt, F. verfolgt und ihm seine Beute wieder abgenommen wurde.

Stolz, 9. Februar. Die durch die traurige Ernte des vorigen Jahres in den Kreise Lauenburg, Neustadt und Cart-haus hervorgerufene Noth steigert sich von Tag zu Tag und ist jetzt schon so weit gediehen, daß man Suppen-Anstalten eingerichtet hat, welche sehr bald einen größeren Umfang erhalten müssen. Bis jetzt hat man sich noch in den Kreisen allein geholfen, indeß liegt

der Moment wohl nicht fern, wo man gezwungen sein wird, auf die Staatsbeihilfe zu rekurriren. Dies würde vielleicht vermieden werden, wenn bald Arbeitsgelegenheit durch den genehmigten Eisenbahn-Bau von Stolz nach Danzig gegeben würde, dem die Grund-Entschädigung des Danziger Landkreises von 20,000 Thlr. bis jetzt entgegenstand, weil die übrigen von der Eisenbahn durchschulten Kreise zu ihrer eigenen Grund-Entschädigung auch noch die 20,000 Thlr. des Danziger Landkreises aufbringen sollten, aber es nicht vermochten. Nach der jorden eingegangenen Mittheilung eines unserer Abgeordneten hat der Herr Handelsminister Graf v. Ippenflitz zugesagt, die Grund-Entschädigung für den Danziger Landkreis aus anderen Fonds zu bestreiten und die Kreise Stolz, Lauenburg und Neustadt bei der Unmöglichkeit, diese 20,000 Thlr. aufzubringen, davon zu entbinden, und so ist jedes Hinderniß zum Anfang des Eisenbahnbaues von Stolz nach Danzig beseitigt. Diese Nachricht hat hier einen wahren Jubel in allen Ständen hervorgerufen und Alles dankt dem Herrn Handelsminister Grafen v. Ippenflitz für diese Fürsorge und man hofft nun auf den schnellsten Anfang des Baues, damit der Noth jetzt durch Arbeits-Verdienst entgegengetreten wird.

Vermischtes.

Wien, 6. Februar. Man theilt dem „Pesth. Lloyd“ eine interessante Episode zum Prozeß Ebergényi mit. Bei seiner Visitation in der Untersuchungsgele der inhaftirten Stiftdame fanden sich nämlich Briefe vor, welche erst in jüngster Zeit geschrieben und darauf berechnet waren, die Angeklagte über den Stand der Untersuchung des Grafen Chorinsky in München — soweit dies eben bei der außerordentlichen Verschwiegenheit, welche das Münchener Bezirksgericht beobachtet, möglich ist — zu informieren. Man konnte sich allerdings nicht erlauben, auf welchem Wege diese Briefe in die Zelle gekommen sind; die Gefängnißaufseher wurden in scharfes Verhör genommen, aber sie verkündeten ihre Unschuld zu beweisen. Endlich brachten die Aussagen einer Mitinhaftirten auf die Spur der Vermittler des verbotenen Briefverkehrs. Julie v. Ebergényi hatte nämlich durch ihren Liebreiz das Herz eines der Soldaten gerührt, die auf den Gängen des Landgerichtes Wache zu halten berufen sind. Da nun diese Soldaten in einem gewissen Turnus wiederkehren, so wußte die Ebergényi sich mit demselben über ihre Korrespondenz ins Einvernehmen zu setzen. So weit ist die Untersuchung über diesen Punkt gediehen; welcher der drei Soldaten, die einander abzulösen haben, der eigentlich Schuldige ist, konnte noch nicht ermittelt werden, da sowohl die Ebergényi als der schuldige Soldat beharrlich leugnet. Inzwischen sind alle drei Soldaten ins Stodhaus abgeliefert worden.

Viehmärkte.

Berlin, Am 10. Februar c. wurden an Schlachtvieh auf hiesigen Viehmarkt zum Verkauf aufgetrieben:
An Rindvieh 1181 Stück. Die Zutritten waren im Verhältniß zum hiesigen Konsum zu stark, um mehr als mittelmäßige Durchschnittspreise erzielen zu können, beste Qualität konnte nur den höchsten Preis von 16 bis 17 \mathcal{M} , mittlere 13—15 \mathcal{M} , ordinäre 9—11 \mathcal{M} pr. 100 Pfd. Fleischgewicht erzielen. Exportgeschäfte sowohl nach dem In- als Auslande waren nur sehr unbedeutend.
An Schweinen 3202 Stück. Der Handel war ziemlich lebhaft, doch konnten bei diesen bedeutenden Zufuhren nur mittelmäßige Preise erzielt werden, der höchste Preis für beste feine Kernwaare stellte sich nur auf 16 bis 17 \mathcal{M} pr. 100 Pfd. Fleischgewicht.
An Schafvieh 1626 Stück, wofür sich die Preise für 40—45 Pfd. auf 7—8 \mathcal{M} stellten.
An Kalbern 655 Stück, wofür sich die Preise höher als vorwöchentlich gestalteten.

Börsen-Berichte.

Stettin, 11. Februar. Witterung: leicht bewölkt und stürmisch. Temperatur +5° R. Barometer 27" 11". Wind: W.
an der Börse:
Weizen matter, loco per 2125 Pfd. gelber inländischer 101—104 \mathcal{M} , ungarischer 93—98 \mathcal{M} , bunter polnischer 98—103 \mathcal{M} , weißer 105 bis 108 \mathcal{M} , feiner etwas höher bezahlt, 83—85 Pfd. gelber Februar 101 \mathcal{M} nom., Frühjahr 102—101 1/2 \mathcal{M} bez. u. Ob.
Koggen: schließt matter, loco per 2000 Pfd. 78—80 \mathcal{M} , Februar 80 \mathcal{M} bez., Frühjahr 80 1/2, 80, 79 1/2 \mathcal{M} bez., Mai-Juni 80 \mathcal{M} bez. u. Br., Juni-Juli 78 \mathcal{M} Br., 77 1/2 \mathcal{M} Ob., Juli-August 72 1/2 \mathcal{M} Br.
Gerste behauptet, loco per 1750 Pfd. nach Qualität 53 1/2—55 \mathcal{M} , 69—70 Pfd. schlesische Frühjahr 55 1/2 \mathcal{M} bez., ohne Gewichts-Garantie 55 1/2 \mathcal{M} Br.
Hafer wenig verändert, loco per 1300 Pfd. 37 1/2—38 1/2 \mathcal{M} bez., 47—50 Pfd. 39 1/2 \mathcal{M} Br.
Erbsen wenig verändert, loco per 2250 Pfd. 67—71 1/2 \mathcal{M} , Vittoria-92 1/2 \mathcal{M} bez., Frühjahr Futter-71 1/2 \mathcal{M} bez. u. Br.
Rübsl wenig verändert, loco 10 1/2 \mathcal{M} Br., Februar 10 \mathcal{M} bez., April-Mai 10 1/2 \mathcal{M} bez., Br. und Ob., September-Oktober 10 1/2 \mathcal{M} Br. u. Ob.
Petroseum loco 6 1/2 \mathcal{M} bez.
Spiritus matter, loco ohne Faß 20 1/2 \mathcal{M} bez., Februar-März 19 1/2 \mathcal{M} bez., Frühjahr 20 1/2 \mathcal{M} bez., 1/4 Br. u. Ob., Mai-Juni 20 1/2 \mathcal{M} Ob., August-September 21 1/2 \mathcal{M} bez.
Regulirungs-Preise: Weizen 102, Roggen 80, Rübsl 10, Spiritus 19 1/2.

Breslau, 10. Februar. Spiritus per 8000 Eralles 18 1/2 \mathcal{M} . Weizen per Februar 98 Br. Roggen per Februar 76, pr. Frühjahr 77. Rübsl pr. Februar 9 1/2, pr. Frühjahr 9 1/2. Kaps pr. Februar 88 1/2 Br. Zink unabhäus.

Hamburg, 10. Februar. Getreidemarkt. Locogetreide flüß, aber behauptet. Weizen auf Termine fest. Roggen auf Termine höher. Weizen pr. Februar 5400 Pfd. netto 177 Banthaler Br., 176 \mathcal{M} , pr. Februar-März 177 Br., 176 \mathcal{M} , pr. Frühjahr 176 Br., 175 1/2 \mathcal{M} . Roggen pr. Februar 5000 Pfd. Brutto 142 Br., 141 \mathcal{M} , pr. Februar-März 140 Br., 139 \mathcal{M} , pr. Frühjahr 139 Br., 138 1/2 \mathcal{M} . Hafer ruhig. Rübsl loco 22, pr. Mai 22 1/2, pr. Oktober 22 1/2. Spiritus 27 1/2. Kaffee sehr lebhaft, ungefähr 15,000 Sac Santos schwimmend verkauft. Zink unbegehr.

Amsterdam, 10. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen fest, pr. März 314 1/2, pr. Mai 321 1/2, pr. Juni 314, pr. Juli 306. Kaps pr. April 67 1/2, pr. Oktober 68. Rübsl pr. Mai 35, pr. November-Dezember 37.

London, 10. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Englischer Weizen geringere Sorten 1 1/2 s niedriger, fremder im Detailgeschäft meist 1 s niedriger, Maltgerste sehr fest. In Hafer beschränkter Umsatz, 3 bis 6 d höher. Kaffeeabgaben matt.